

Neue EU-Staaten: Kampf der Arbeitslosigkeit

von Erich Hoorn

Eine Steigerung der Beschäftigung ist noch nicht in Sicht, weil die Wirtschaft zu langsam wächst.

WIEN. Die meisten der acht neuen EU-Ost-Länder kämpfen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen. Trockene Zahlen dokumentieren das: Die neuen EU-Länder wiesen im Jahr 2003 eine Arbeitslosenrate von durchschnittlich 14,6 Prozent auf, während die 15 Altmitglieder acht Prozent erreichten. Die größte Belastung der globalen Zahl verursacht Polen, wo die Transformation in letzter Zeit wenig Erfolge zeigte. Im "alten Europa" werden 14,2 Millionen Arbeitslose registriert, die Neuen bringen es auf 4,8 Millionen (davon 3,3 Millionen in Polen).

Experten sind überzeugt, dass eine Besserung der Arbeitsmarktlage der acht noch einige Zeit dauern wird. Um eine höhere Beschäftigung zu erreichen, müsste nämlich die Wirtschaft um vier bis fünf Prozent wachsen, meint die Arbeitsmarktexpertin des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), Hermine Vidovic. Im Westen liegt dieser Schwellenwert bei nur zwei Prozent und manchmal sogar noch niedriger. Die Transformationsländer haben nämlich aus der Vergangenheit überschüssige Arbeitskräfte, die noch abzubauen sind. Auch der rasante technologische Fortschritt spielt eine Rolle.

Die hohe Arbeitslosigkeit der Ostländer hat sich durch die Umstrukturierung der Wirtschaft ergeben. So verloren viele Beschäftigte durch die schmerzlichen Anpassungsprozesse in der Industrie und Landwirtschaft ihre Jobs. Der Dienstleistungssektor, der in den entwickelten Ländern in den letzten Jahrzehnten die Arbeitskräfte absorbiert hat, ist in den postkommunistischen

Ländern noch nicht so stark. Dieser ist im Osten von traditionellen Dienstleistungssegmenten wie Einzel- und Großhandel, weniger von Tourismus und Transport dominiert. Andere Dienstleistungssektoren sind unterentwickelt, selbst Finanzdienstleistungen (Banken und Versicherungen) weisen eine viel geringere Beschäftigung auf als im Westen.

In diesen Bereichen existiert ein Potenzial für neue Jobs, meint Vidovic. In der Industrie wurden in den vergangenen Jahren dank der regen ausländischen Investitionstätigkeit in Ländern wie Ungarn, Tschechien sowie der Slowakei bereits wieder neue Arbeitsplätze geschaffen.

Interessant ist laut Eurostat die Entwicklung der regionalen Arbeitslosigkeit zwischen neuen und alten EU-Mitgliedern: Bei den EU-15 ergab sich im Jahr 2002 die niedrigste Arbeitslosenrate in Tirol von zwei Prozent, die höchste in Reunion (Frankreich) von 29,3 Prozent. Bei den neuen Mitgliedern hat Zypern mit 3,3 Prozent die niedrigste Arbeitslosenrate, während die höchste die polnische Region Lubuskie mit 26,3 Prozent verzeichnete.

Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung über die Beschäftigungspolitik der verschiedenen Staaten ist die Zahl der Erwerbstätigen in Polen in den letzten fünf Jahren um mehr als zwölf Prozent gesunken. Bestimmende Faktoren für die Arbeitsmarktentwicklung sind laut den Bertelsmann-Experten ein verlässlicher Rechtsrahmen, wertstabiles Geld und eine korruptionsfreie Verwaltung.

Länder wie Slowenien, Ungarn und Tschechien, die den Weg zu Rechtsstaat und Marktwirtschaft vergleichsweise konsequent gegangen sind, können auch auf dem Arbeitsmarkt Erfolge feiern: Ihre Arbeitslosenquoten liegen unter dem EU-Durchschnitt. Litauen, die Slowakei und Polen hingegen sind in ihrer Transformation weniger erfolgreich. Polen befindet sich bei allen drei untersuchten institutionellen Faktoren unter den drei schlechtesten Ländern.